

## CH\_VB 20017432 vom 14. Juni 1989

Bundesverwaltung, 1989-06-14, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_\\_td\\_class\\_\\_metadataCell\\_\\_20017432\\_\\_td\\_](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20017432__td_)

FR: CH\_VB 20017432 du 14 juin 1989

IT: CH\_VB 20017432 del 14 giugno 1989

### Erwägungen

#### E. 14

Juni 1989 N 887 Geschäftsbericht des Bundesrates blême touche essentiellement des personnes âgées. Il est, à notre avis, urgent que la Confédération prenne des mesures pour verser aux ressortissants suisses qui ont cotisé -je répète bien: à ceux qui ont cotisé - à la sécurité sociale de l'ancien Congo belge, des compléments de rente leur assurant une égalité de traitement aussi bien avec les ressortissants belges qu'avec ceux de la CEE. Comme je l'ai mentionné précédem- ment, nous connaissons la décision du département, ainsi que celle du Conseil fédéral de mettre tout en oeuvre pour ob- tenir la suppression de cette inégalité de traitement. Mais, comme nous constatons aussi que les négociations s'enli- sent, nous sommes d'avis que le Parlement doit insister et de- mander au Conseil fédéral de présenter au Parlement un arrêté fédéral prévoyant un crédit d'engagement. Il serait, à notre avis, dans l'intérêt des deux parties de régler ce conten- tieux avant la visite du roi des Belges, annoncée pour cet au- tomne. Ces considérations nous ont engagés à présenter la motion de la commission qui vous a été distribuée et qui est d'ailleurs un des éléments de ce débat. Le point essentiel de cette mo- tion est le suivant: le montant des crédits annuels inscrits au budget de la Confédération - environ 1,2 millions - sera fixé en tenant compte de la part que la Belgique sera ou serait éven- tuellement prête à verser. Il ne s'agit donc pas d'ouvrir simple- ment un crédit destiné à la liquidation du cas, mais d'un mon- tant à adapter, suite aux - nous l'espérons - prochaines dis- cussions avec la Belgique. L'affaire pourra ainsi être réglée dans un délai raisonnable. Nous avons hier encore traité de requérants d'asile provenant de l'ancien Congo belge, deux requérants qui ont coûté plus d'un million à la Confédération; espérons que le Parlement aura la délicatesse de traiter les Suisses à égalité avec ces der- nières et qu'il acceptera de transmettre cette motion. Je le répète, étant donné que la formulation de cette motion laisse la liberté au Conseil fédéral de liquider le cas dans les meilleures conditions, nous pensons qu'elle peut être acceptée.

Oester: Ich spreche zu den Seiten 24 bis 27, d. h. zur ausgrei- fenden Sicherheitspolitik und zu den Bemühungen des Bun- desrates um die Friedenssicherung. Diesem Teil der Aussenpolitik kommt heute ein deutlich ge- stiegener Stellenwert zu. Ich bin deshalb der Meinung, es wäre ein grober Fehler und ein unnötiges Stück Selbstabwertung des Parlamentes, wenn wir bei der Behandlung des EDA nicht Stellung nähmen zu den höchst begrüßenswerten Anstren- gungen des Bundesrates im Bereich der Friedenssicherung und der Förderung friedlicher Formen der Regelung von Kon- flikten. Entsprechend ihrem gestiegenen Stellenwert muss die Aus- senpolitik im Volk besser verankert werden, und das beginnt beim Interesse und beim Engagement des Parlamentes. Darum bedaure ich es sehr, dass der Bericht des Bundesrates über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz vom

#### E. 16

März 1988 - er ist auf Seite 69 des Geschäftsberichtes erwähnt - bisher von unserem Rat als quantité négligeable behandelt worden ist. Sehr zu Unrecht, wie ich meine. Wer Gelegenheit hat, bei Diskussionen über unsere militärische Landesverteidigung mit Leuten aus allen Kreisen der Bevölkerung das sicherheitspolitische Konzept der Schweiz zu erörtern, stösst auf grosse Informationslücken, aber auch auf ein weitverbreitetes, reges Interesse an sicherheits- und friedenspolitischen Fragen. Im Jahr der Grundsatzdiskussion, des Grundsatzentscheides über unsere militärische Landesverteidigung gilt es, die Chance wahrzunehmen, um darüber aufzuklären, dass sich auch in unserem Lande Sicherheitspolitik nicht im Erwerb von Hochleistungswaffen, nicht in militärischen Abhalteanstrengungen erschöpft. Dem Schwerpunktprogramm der EVP für die laufende Legislaturperiode entnehme ich folgenden Satz: «Das System des militärischen Gleichgewichts ist langfristig abzulösen durch ein politisches System von Institutionen und Verfahren zur friedlichen Beilegung von Konflikten.» In dieser Richtung hat der Bundesrat in jüngster Zeit mannigfache Anstrengungen und Initiativen entwickelt. Dafür möchte ich ihm - insbesondere dem Aussenminister - Dank und Anerkennung aussprechen. Ich bin der Meinung, dass die Aktivitäten der Landesregierung und des Aussenministers im besonderen, die auch vor gewissen Risiken nicht zurückschrecken, die volle Unterstützung des Parlamentes verdienen. Wir von der EVP begrüssen es sehr, dass der Bundesrat die Politik der schweizerischen Beteiligung an Aktionen, die auf eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten ausgerichtet sind, weiter auszubauen gedenkt. Die Namibia-Expedition etwa, die sich nicht bloss auf finanzielle Beteiligung beschränkt, sondern auch von persönlichem Engagement getragen ist, tut viel für die Glaubwürdigkeit unserer Friedensbemühungen und für die Anerkennung unseres völkerrechtlichen Status der immerwährenden Neutralität. Wir unterstützen den Bundesrat insbesondere bei seinen Anstrengungen im Bereich der Rüstungskontrolle und der Verifikationen - wo es sehr viel Geduld, Beharrlichkeit und Fingerspitzengefühl braucht-, aber auch bei seinen Interventionen im Bereich der Menschenrechte, ohne deren Respektierung ein echter Friede nicht denkbar ist. Wir wünschen dem Bundesrat im übrigen viel Erfolg, wenn es darum geht, durch abgestimmte Massnahmen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit grenzüberschreitende und weltweite Umweltschäden zu beheben. Gestatten Sie mir, diesen anerkennenden und unterstützenden Worten eine kritische Bemerkung beizufügen und eine Anregung zu machen. Die Koordination der aussen- bzw. sicherheitspolitischen Aktivitäten muss noch verbessert werden. Das Departementsdenken herrscht noch allzu sehr vor. Dem EMD im besonderen ist im Interesse der Sache und im eigenen Interesse mehr Fingerspitzengefühl in personellen Fragen zu wünschen. Namibia lässt grüssen! Wichtig erscheint auch - und das ist meine Anregung - das zielgerichtete Heranziehen von nichtoffiziellen Institutionen und Experten für Aufgaben, wie sie eine kohärente, nach aussen gerichtete Sicherheitspolitik erfordert. Das schliesst zum Beispiel auch die private Wirtschaft, etwa die Chemie, mit ein. Diesbezüglich deckt sich meine Meinung ganz mit derjenigen von Prof. Gasteyger vom Institut universitaire des hautes études internationales in Genf. Müller-Aargau: Angesichts der grossen Zahl von Asylgesuchstellern aus der Türkei muss ich davon ausgehen, dass die politischen Beziehungen Schweiz/Türkei gestört sind, ja, gestört sein müssen. Natürlich ist dies ein Problem, das vielerorts untergebracht werden könnte: in der Flüchtlingsdebatte von Genf, in der Europarats-Debatte oder eben im Geschäftsbericht des EDA, wo an vielen Stellen Bezugspunkte wären zu diesem Problem. Weil bei meinen Ausführungen der bilaterale Aspekt im Vordergrund steht, bitte ich aber den Bundesrat, hier und heute eine Stellungnahme abzugeben. Erster Problemkreis: Im

Europarat in Strassburg, in der Kommission für Gastarbeiter und Flüchtlinge, haben wir Schweizer Delegierte immer mehr Mühe mit unseren türkischen Kollegen. Sie vertreten die offizielle Meinung ihrer Regierung, und sie vertreten immer die Meinung ihrer Regierung, und zwar in bezug auf unsere Probleme folgendermassen: Es gibt keine Flüchtlinge aus der Türkei, es kann gar keine geben. Was Sie bezüglich der Asylgesuchsteller haben, ist ein innenpolitisches Problem der Schweiz. Es handelt sich um ein Problem von Arbeitssuchenden. Und: Die Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht, und dann wird in zynischer Weise jeweils die Menschenrechtskonvention genannt; damit soll die Ausreise doch allen Türken ermöglicht werden, das würden wir doch auch wünschen. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Bundesrat, dass wir alleine diese Art der Politik und diese Konfrontationen erleben, sondern ich bin überzeugt davon, dass auch der Bundesrat etwas davon spürt und dass bei Demarchen usw. sich die türkische Regierung in gleicher Weise äussert. Es stellt sich vor allem die Frage, wie wir mit dem zurechtkommen.

Zweiter Problemkreis: Es kann in Westeuropa gar keine Flüchtlinge geben. Das ist richtig. Alle 23 Staaten haben die Menschenrechtskonvention unterschrieben. Diese ist justizabel, darin ist gar ein Individualklagerecht enthalten. Nun stellen wir aber in der Schweiz fest, dass ein kleiner Prozentsatz - zwar nur ein kleiner Prozentsatz - der Asylgesuche aus der

Gestion du Conseil fédéral 888 N 14 juin 1989 Türkei berechtigt ist. Sie sind verifiziert. Damit anerkennen wir offiziell, dass Menschenrechtsverletzungen in der Türkei vorkommen. Nun meine Idee: Könnte sich die Schweiz nicht mit diesen anerkannten Gesuchstellern solidarisieren, gleichsam als Anwalt mit ihnen zusammen eine Individualklage mit dem ganzen Dossier in Strassburg erheben und dadurch klarstellen, dass es sich um Menschenrechtsverletzungen in der Türkei handelt. Dies sollte man machen, und zwar sogar als konzertierte Aktion aller europäischen Staaten. Ich habe in der Kommission unter Applaus der Anwesenden den Vorschlag gemacht, dass man postwendend als Klageschrift bei der Menschenrechtskommission und schliesslich beim Gerichtshof die Dossiers weiterleiten sollte. Die türkischen Vertreter haben gesagt: Wir fürchten das gar nicht; es wird damit nur unsere Unschuld bewiesen werden. Ein dritter Problemkreis: Wegen des Kriegs in Irak gegen die Kurden kamen Tausende von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei. Während es türkische Kurden nicht gibt, gibt es in der türkischen Politik nun plötzlich irakische Kurden. Die türkische Regierung hat bei allen westeuropäischen Staaten um Hilfe bei der Lösung dieses Flüchtlingsproblems angefragt. Nun weiss ich von verschiedenen Kollegen aus dem Europarat, dass andere Staaten sachliche Hilfe an Ort und Stelle angeboten haben. Diese ist von der türkischen Regierung abgelehnt worden. Sie will entweder, dass die Flüchtlinge direkt abgenommen werden, oder aber, dass man dem türkischen Staat Geld gibt. Es ist deswegen in Strassburg protestiert worden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass nicht auch die Schweiz angefragt worden ist und dass nicht auch die Schweiz einen Korb bekommen hat. Es würde mich interessieren, in welcher Weise auch hier das Departement und der Bundesrat reagiert haben. Sie merken, mein Geduldsfaden ist gerissen. Angesichts der saloppen Politik der Türkei sehe ich nicht ein, dass wir hier in Leisetreteri machen sollen. Eine gewisse Härte tut not. Ich habe bewusst Abstand genommen von der Formel, die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz bedinge diplomatische Zurückhaltung der Schweiz. Ich hoffe auf ein offenes und hartes Wort des Bundesrats in dieser Beziehung, vor allem in bezug auf jene drei Fragen, besonders auch im Zusammenhang auf meine Idee der Klage beim Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg. Gysin: Ich spreche zur Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend Sozialversicherungsansprüche der ehemaligen Kongo-Schweizer. Der

Antrag der Geschäftsprüfungskommission ist meines Erachtens zu unterstützen. Es geht um Schweizer, die seinerzeit im ehemaligen Belgisch-Kongo arbeiteten. Sie haben hohe Beiträge, nämlich 20 Prozent ihres Lohns, an die belgische Sozialversicherung bezahlt. Anders als die ehemaligen Kongo-Belgier erhalten sie von Belgien lediglich eine nicht indexierte Rente, die von den heutigen Verhältnissen meilenweit entfernt ist. Dies hat in den vergangenen Jahren auch der Bundesrat zugegeben. Im übrigen kenne ich einen solchen Fall aus eigener Anschauung. Offenbar sind diese Schweizer rechtlich zwischen Stuhl und Bank geraten. Nach belgischer Darstellung haben sie keinen Anspruch auf Indexierung der Renten, und ebenso scheinen staatsvertragliche Garantien zu fehlen. Der Bundesrat führt zurzeit Verhandlungen mit Belgien. Belgien stellt die Bedingung, die Schweiz müsse die Zusatzleistungen weitgehend refinanzieren. Wie wir bereits gehört haben, dauert diese Auseinandersetzung schon lange. Die rund 250 Schweizer warten nun seit Jahren auf den Zusatz von zirka 1,3 Millionen Franken pro Jahr, und diese Schweizer werden immer älter. Ich bin der Auffassung, jetzt müsse unverzüglich eine praktische Lösung gefunden werden. Die Angelegenheit darf sich nicht so lange hinziehen, dass sie sich mit dem Ableben dieser Schweizer von selbst erledigt. Sie müssen nächstens zu besseren Renten kommen. Wir hiesigen Schweizer loben immer wieder an Tagungen unersere Auslandschweizer; sie seien gute und wertvolle Eidgenossen, fern von der Heimat. Erbringen wir nun in diesem Fall den ehemaligen, in der Rente schwer benachteiligten Kongo-Schweizern eine notwendige greifbare Sonderhilfe. Ihre Lage ist aussergewöhnlich; aussergewöhnliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Die Motion verlangt mit Recht, der Bund solle aufgrund eines Bundesbeschlusses jenen Schweizern die Rente ergänzen. Vielleicht würde in einer ersten Phase für den Betrag von 1,3 Millionen Franken in einem Jahr auch ein Budgetbeschluss genügen. Der letzte Satz der Motion bedeutet, dass vom Kredit die von Belgien erhaltenen Zahlungen in Abzug kommen. Die Motion zeigt die Möglichkeit auf, wie die Schweiz selber das Nötige tun kann, damit die Betroffenen nicht länger warten müssen. Ich empfehle Ihnen, unbedingt der Motion zuzustimmen und sie nicht in ein Postulat umzuwandeln. Wir müssen das Handeln des Bundes verbindlich beschliessen. Schliesslich möchte ich den Bundesrat anfragen, ob es nicht gegebenenfalls möglich wäre, im Rahmen des Budgetweges eine Sofortmassnahme einzuleiten. Spalti: Ich spreche zum Umweltprogramm der Vereinten Nationen. Was dort geschrieben steht, führt mich zu folgenden Bemerkungen: Ich glaube, Sie sind mit mir einig, dass die internationale Umweltsituation für den einigermassen orientierten Zeitgenossen keiner besondern Erklärungen bedarf. Ebenfalls ist offensichtlich, dass nur internationale Zusammenarbeit und aufeinander abgestimmte Umweltschutzbestimmungen die Umweltproblematik, z. B. in Europa, lösen können. Beim Stand der Umweltschutzmassnahmen in den einzelnen Ländern zeigt sich deutlich, dass neben dem Willen, das Nötige zu tun, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes, also die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, ganz wesentlich mitspielt. Nicht von ungefähr steht die Schweiz mit Bezug auf die Umweltschutzmassnahmen weltweit an der Spitze. Es erstaunt in diesem Zusammenhang auch nicht, dass die Oststaaten die mit Abstand grössten Luft- und Gewässerverschmutzer sind. Sie gefährden auch die Umwelt in Westeuropa, auch in der Schweiz. Dies mit Genugtuung zur Kenntnis zu nehmen, wäre nun allerdings recht billig. Wir haben alles Interesse daran, dass sich die Umweltsituation in Osteuropa möglichst rasch verbessert. Bundesrat Cotti hat das in Hannover, glaube ich, auch richtig gesagt. Er sagte, eine Dynamisierung der internationalen Umweltpolitik sei dringend gefordert. Einen wesentlichen Beitrag könnte die Schweiz

durch ihre Umwelttechnologie leisten, die international eine Spitzenstellung einnimmt. Ich erinnere z. B. an unsere Entsorgungsanlagen für Industrieabfall, Sonderabfallverbrennungs-, Wasserreinigungs-, Filter- und Abgasreinigungsanlagen und Lösuhgsmittelrückgewinnung. Trotz unserer Spitzenstellung in der Umwelttechnologie steigt die Nachfrage nach solchen schweizerischen Produkten nur sehr, sehr langsam. In vielen Staaten, gerade des Ostens, fehlen auch entsprechende gesetzliche Grundlagen, und es fehlt diesen Volkswirtschaften, die sich ja zum Teil in einem völlig desolaten Zustand befinden, vor allem das Geld. In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage, ob wir nicht durch geeignete Vorstösse im Rahmen unserer erfreulicherweise aktiven, zielgerichteten Aussenpolitik die Nachfrage nach solchen umwelttechnologischen Spitzenprodukten im grenzüberschreitenden Interesse fördern könnten und ob wir nicht in Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft mögliche neue Finanzierungsinstrumente schaffen könnten. Es handelt sich hier, im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichtes, um eine Anregung. Sie scheint mir aber bedeutungsvoll, und ich meine, sie sollte weiterverfolgt werden. M. Pini: L'activité du Département des affaires étrangères, durant l'année dernière, démontre, grâce au dynamisme du chef du département et à la qualité de ses collaborateurs, une évolution très réjouissante. En effet, nous sommes en train de partir d'un nouvel élan, conséquence d'une disponibilité et d'une volonté nouvelle de la part du gouvernement suisse et du Département des affaires étrangères, afin de répondre au défi de cette fin de siècle. Ledit département ne peut plus être considéré comme un coquillage fermé où résonnent simplement tous les échos des événements. Ceux-ci, aujourd'hui, passent

14. Juni 1989 N 889 Geschäftsbericht des Bundesrates obligatoirement par la volonté de les sentir, de les entendre au sein du département même, de la part des personnes qui y sont engagées, au travers d'une collaboration avec tous les autres départements. A mon avis, il serait hors de propos de considérer actuellement le Département des affaires étrangères comme replié sur lui-même. Je précise cela parce que je veux de nouveau lancer un appel ferme à l'égard de ce département et de son chef. Si, hier, M. Koller, nous a demandé de l'aider à trouver un consensus dans le cas des réfugiés, pour ma part, j'adresse un appel au chef du Département des affaires étrangères pour qu'il puisse trouver auprès de ses collègues du Conseil fédéral la ferme intention que la Suisse, au-delà des paroles et des déclarations vides de volonté finale, se lance, non dans l'aventure, mais dans l'exercice hautement nécessaire de la recherche d'une solution européenne au problème des réfugiés. Monsieur Felber, vous savez mieux que moi quelles sont les tentatives et démarches effectuées par le gouvernement suisse dans un engagement à l'échelon européen. Ce sont des histoires où se manifeste un minimum de volonté d'action. Lors de la Conférence de Gerzensee, tout le monde a parlé du grand engagement de la Suisse à la relance de la solution continentale à propos du problème des réfugiés. C'était tout simplement une conférence informelle sur la question de savoir ce qu'il convenait de faire maintenant et qui examinait ce qui avait été fait jusqu'à présent. Or, aujourd'hui, les principaux pays qui sont touchés par ce grave problème doivent avoir le courage d'assumer un rôle dirigeant, afin de créer, à l'échelon européen, le consensus et la détermination capable de résoudre ce problème, par le biais d'une stratégie totalement nouvelle. Soyons réalistes: si la Suisse continue à s'engager uniquement dans une vision nationale d'une solution au problème des réfugiés, elle sera obligée de fixer un contingentement, de renforcer les dispositions administratives et policières, sinon le problème ne sera pas porté avec la volonté, la vigueur, la détermination que l'on peut attendre de la part du gouvernement à l'égard de l'audience

internationale ou du moins européenne, en ce qui nous concerne. En conclusion, je le répète, je vous demande expressément de fixer la volonté du gouvernement de se lancer dans l'engagement capable de trouver la solution continentale au problème des réfugiés, au-delà de la question de l'asile politique, en prenant en considération, en particulier, le fait le plus important que constituent les migrations économiques. M. Felber, conseiller fédéral: Je tenterai de répondre brièvement aux questions posées. Je remercie les intervenants de nous donner ainsi l'occasion de préciser certains éléments qui ne sont qu'imparfaitement transposés dans le rapport de gestion de mon département. En ce qui concerne l'introduction du président de la Commission de gestion, section affaires étrangères, Monsieur Braunschweig, nous précisons que le problème de l'émergence des conflits internes est extrêmement difficile à maîtriser. Même lorsqu'un conflit naît dans un pays, il est très difficile de prévoir quelle sera en fait son évolution et, par conséquent, de proposer d'éventuelles solutions. Il est particulièrement difficile, pour nous, de déterminer ce qui se passera, par exemple, en Yougoslavie, dans un pays dont les structures politiques et constitutionnelles empêchent même des solutions centralisées, fédéralistes, puisque chacune des républiques yougoslaves dispose d'un droit de veto sur toute décision prise à l'échelon du gouvernement central. En URSS, le soulèvement des nationalités est un phénomène qui, aux yeux et aux oreilles des occidentaux, est relativement inattendu. Les mouvements dans les républiques musulmanes, dont les structures ne correspondent plus ou pas du tout aux traditions historiques et à la religion, ne nous étonnent guère. Mais les mouvements nationalistes à l'intérieur des républiques orthodoxes et occidentales de l'URSS suscitent réellement, dans le monde occidental et non seulement en Suisse, nombre de questions. Il s'agit de conflits philosophiques, parfois religieux, et nous savons que la direction de l'Union soviétique ne va pas pour autant abandonner son pouvoir. En Pologne en particulier, dans l'évolution qui est en cours, l'Union soviétique admet un changement lent, à petits pas, des structures du pouvoir. Cependant, nous dirons à M. Braunschweig que nous sommes d'accord avec lui. Il ne s'agit pas que la Suisse devienne un maître d'école et apporte des solutions toute faites. Pourtant, nous pouvons souligner qu'à plusieurs reprises au cours des derniers mois, les représentants de très nombreux pays, qui tentent précisément des restructurations tant économiques que politiques, nous ont demandé d'appuyer leurs efforts, non seulement financièrement mais aussi sur le plan juridique, celui de la technique et sur le plan des structures politiques de notre pays. Nous y avons répondu favorablement. Nous sommes prêts à favoriser le déplacement de spécialistes de nos structures constitutionnelles, dans différents pays, afin de traiter de problèmes de protection des minorités et de démocratie du consensus. Nous sommes également prêts - je l'ai dit hier au ministre des Affaires étrangères du Vietnam - à participer à une aide économique par le biais de la formation, dans notre pays, de spécialistes dans le management, dans la gestion d'entreprise et dans le secteur de la protection de l'environnement. Nous sommes aussi prêts à soutenir un certain nombre d'institutions qui nous ont offert leurs services dans ce domaine. Nous retenons vos propositions et nous nous engagerons sur une voie de plus large participation aux efforts des pays qui nous ont appelés à l'aide. Je vous remercie, Monsieur le président, d'avoir parlé des problèmes de la carrière diplomatique. Il est indéniable que cette dernière subit les revers de certains développements, de certains fléaux du XXe siècle. Nos diplomates ne sont pas à l'abri du danger. Les mesures de sécurité, qui ne sont pas toujours suffisantes, doivent être renforcées. La qualité de la vie, dans un grand nombre de pays du monde, s'est détériorée. Les conjoints des diplomates ne peuvent pas travailler. Vous avez souligné le problème de la scolarisation des plus jeunes

enfants des diplomates, qui nous préoccupe en permanence. Vous nous demandez s'il est possible d'imaginer une augmentation de la durée du poste qui est confié à nos diplomates. Or, je vous rappelle qu'en principe nos collaborateurs souhaitent, si possible une fois tous les douze ans, revenir travailler à la centrale à Berne, durant quatre ans au moins, afin de ne pas perdre le contact avec leur pays et de suivre le rythme de la centrale, de mon département. Nous savons également que, dans un certain nombre de pays, pour des raisons de santé ou de sécurité, il est difficile de maintenir des gens en poste plus de trois ans. Par conséquent, nous ne pourrions que très difficilement imaginer une solution générale, globale et applicable à chacun. Cela n'est pas possible, mais nous admettons, avec la Commission de gestion et M. Braunschweig, que, dans certains cas, il peut être fait appel à des diplomates pour une plus longue durée, selon la qualité du poste, l'importance et l'engagement nécessités de la part de nos diplomates. Ceux-ci devraient en effet pouvoir rester en poste plus longtemps que quatre ans. La règle de quatre ans est idéale, mais nous vous rappelons qu'elle ne peut pas être appliquée de manière absolue. Nous nous engageons cependant à reprendre ce problème une fois encore afin de satisfaire également la Commission de gestion et le Corps diplomatique suisse. J'en viens à la motion de la Commission de gestion, relative aux Suisses de l'ancien Congo belge. Le Conseil fédéral reconnaît expressément que les Suisses de cette ancienne colonie sont spoliés de leurs droits qui ne leur ont pas été normalement et régulièrement accordés, que les efforts que nous avons menés jusqu'à présent n'ont pas abouti, que le Conseil fédéral, au début de cette année, saisissant un signe des interlocuteurs belges, avait suggéré une solution financière proposant de participer pour la moitié au rétablissement normal des rentes, la Belgique étant appelée à fournir l'autre partie. Malheureusement, cette solution a été hautainement rejetée par les fonctionnaires de l'Etat belge et de l'Office belge des assurances sociales. Nous avons décidé, non pas d'interrompre la

Gestion du Conseil fédéral 890 N 14 juin 1989 discussion, mais de porter ce problème à l'intention des ministres et en particulier de celui des affaires étrangères, estimant que nous avons été trompés par une proposition de la Belgique à laquelle nous avons répondu favorablement et qui s'est découverte, après coup, être simplement une idée provenant d'un seul fonctionnaire. Cette discussion reprendra incessamment, le ministre ayant été informé. Si nous vous proposons de transformer cette motion en postulat, c'est pour nous permettre d'aboutir une dernière fois. Si, au terme de la prochaine discussion, soit au début de l'automne, nous n'avons pas de solution, le Conseil fédéral proposera une solution interne suisse. Mais si vous acceptez une motion, avec son caractère impératif, il va de soi que nos interlocuteurs belges nous diront, comme vous l'avez suggéré, Messieurs Gysin et Houmard notamment: «Nous continuons de payer ce que nous avons payé jusqu'à présent, et le reste c'est vous qui le faites, votre Parlement est d'accord». C'est donc pour vous prier de nous laisser le temps d'un dernier round de négociations que nous vous demandons de transformer cette motion en postulat. C'est la dernière souplesse, nous nous engageons, si ce round n'aboutit pas, à venir avec des propositions définitives qui seront des solutions internes. Nous vous rappelons également qu'indépendamment des négociations avec la Belgique, le Département des affaires étrangères négocie à propos d'indemnisations pour des biens qui ont été nationalisés en République démocratique allemande, en Algérie, en Union soviétique et en Chine. Par conséquent, si nous nous précipitons trop tôt sur la solution du problème en payant tout simplement, en acceptant de nous substituer à ceux qui doivent remplir leurs tâches et leurs engagements, nous allons entraver les discussions en cours avec ces divers pays. Dans les cas que j'ai cités, il ne s'agissait pas d'un droit aux

assurances sociales mais d'une indemnité à verser pour expropriation, qui se chiffre tout de même à plusieurs dizaines et même plus de 100 millions de francs. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous propose non pas de renoncer à prendre en compte votre projet mais à le transformer, pour le moment du moins, en un postulat qui nous permettra de ne pas affaiblir notre position vis-à-vis de nos interlocuteurs belges que nous allons rencontrer prochainement. Je réponds également à la question de M. Gysin concernant le budget. Malheureusement, même si nous nous décidions aujourd'hui définitivement, nous ne pouvons pas inscrire cette somme au budget. Nous serons obligés de revenir devant le Parlement avec une demande de crédit d'engagement, parallèlement au budget. Dès que le principe de ce crédit aura été voté par le Parlement, nous pourrons inscrire chaque année le montant au budget. Il ne s'agit pas ici d'une tâche traditionnelle comparable à celle que nous devons assumer en fonction de la constitution et de la législation. Je réponds maintenant brièvement à M. Oester, en le remerciant de ses déclarations. Nous allons évidemment poursuivre nos efforts dans le domaine de la politique de sécurité. Nous considérons que la politique étrangère suisse doit être comprise du Parlement et de la population suisse et qu'elle le sera dans la mesure où on lui explique que cette politique a pour objectif d'assurer la sécurité de notre pays par des relations internationales meilleures, par une intervention qui permet d'éviter d'éventuels conflits, et c'est aussi dans le domaine des réfugiés et de la sécurité que nous pouvons intervenir pour tenter de limiter les mouvements migratoires. C'est le but que nous recherchons à long terme. Nous poursuivons donc cette politique avec nos moyens. Nous avons décidé de nous concerter avec les autres pays neutres d'Europe précisément afin de prendre, dans certains cas, des initiatives communes, si cela est possible. Il est certain que nous en sommes au début de nos expériences et que le problème de la Namibie a été pour nous un enseignement. Nous avons déjà transformé la structure du Corps suisse en Namibie pour en améliorer le fonctionnement. Nous tenons cependant à dire qu'hier encore nous recevions un avis du général indien qui commande les troupes du GANUPT en Namibie nous remerciant de la qualité de nos services et des structures que nous avons mises en place. Il ne faut pas s'arrêter sur quelques détails. Actuellement, nous sommes également en train d'analyser la possibilité d'utiliser, dans le domaine de la politique de paix, des institutions non officielles qui existent dans notre pays. C'est ce que nous analysons ces jours à l'intérieur de notre département. J'en viens maintenant à la question de M. Müller-Argovie concernant la situation en Turquie. Je vous remercie, Monsieur Müller, d'informer le Conseil national de la situation dans laquelle vous, parlementaires du Conseil de l'Europe, vous trouvez vis-à-vis de vos collègues turcs. Je puis déclarer qu'en ce qui concerne les ministres, nous sommes dans la même situation et qu'au Comité des ministres nous n'avons pas davantage de relations et de discours constructifs possibles avec nos interlocuteurs turcs qui, simplement, renvoient la responsabilité à des sous-ordres qui sont sur les frontières de leur pays. Nous avons cependant pris aussi la résolution de discuter avec les pays européens du problème des réfugiés et notamment des réfugiés turcs. En ce qui concerne une plainte éventuelle, comme vous le suggérez, à Strasbourg, c'est une possibilité et nous allons l'analyser attentivement. Elle a un défaut, c'est qu'elle transforme le cas de l'asile accordé pour des raisons strictement humanitaires. Dès le moment où nous portons plainte, cela signifie que nous n'acceptons pas les réfugiés qui auraient bénéficié du droit d'asile dans notre pays; cela pourrait porter atteinte à ce caractère humanitaire de l'octroi du statut de réfugié. C'est une nuance, mais nous devons le dire et l'analyser avant d'imaginer de porter plainte purement et simplement. Nous allons cependant poursuivre cette analyse et utiliser si nécessaire les

mécanismes de Strasbourg qui sont à notre disposition. Nous avons également une autre possibilité, c'est d'utiliser ceux de la CSCE qui permettent d'intervenir dans le domaine des droits de l'homme. A notre avis, ils sont peut-être meilleurs, parce qu'ils sont acceptés, signés. Chaque pays peut demander le contrôle de l'application et du respect des droits de l'homme dans les pays signataires de la CSCE. En ce qui concerne les réfugiés kurdes, d'Iran et d'Irak, qui se sont réfugiés dans l'est de la Turquie, le Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes, s'est montré prêt à intervenir dès l'arrivée des premiers réfugiés kurdes. On n'a pas répondu à notre offre. On a demandé à la Suisse des contributions financières. Comme d'autres Etats européens et occidentaux, la Suisse a répondu favorablement à la condition de pouvoir contrôler l'usage des fonds qu'elle mettait à disposition. Cela se faisait par l'intermédiaire du CICR ou du Haut Commissariat pour les réfugiés. Aucune de ces organisations n'a jamais pu appliquer un programme, les autorités turques ont refusé l'autorisation d'un contrôle adéquat des opérations projetées. Donc l'aide de tous les pays occidentaux à la Turquie atout simplement été inutilisée parce que personne dans ce pays n'acceptait que nous vérifions l'usage qui était fait de cette aide. En ce qui concerne l'environnement, je réponds ici à M. Spalti, nous aimerions préciser que nous partageons son point de vue sur la nécessité d'utiliser les qualités de la technologie suisse en matière d'environnement, les développements qui ont été accomplis dans notre pays. C'est précisément, Monsieur le conseiller national, ce qui a été proposé à celui qui vous parle: en Pologne en particulier, c'est ce qui m'a été proposé hier encore, une fois de plus, par M. le ministre des Affaires étrangères du Vietnam qui me disait: «De ça, nous en avons besoin, nous ne le connaissons pas. Si vous voulez nous aider, aidez-nous dans ce domaine-là». Nous sommes donc prêts à favoriser l'envoi de spécialistes de la formation et éventuellement aussi, l'exportation ou la vente de produits de la technologie suisse en matière de protection de l'environnement. Dans ce domaine également, nous sommes d'avis que nous pourrions nous consulter et coopérer avec les pays neutres européens, en particulier les pays nordiques qui souffrent énormément des rejets industriels non contrôlés de pays

14. Juni 1989 N 891 Geschäftsbericht des Bundesrates comme la Pologne et les pays Baltes. Voilà donc une voie dans laquelle nous sommes engagés. Je voudrais rappeler que, lors de la Conférence ministérielle de l'OCDE, tenue il y a environ une quinzaine de jours à Paris, le chapitre de l'environnement dans le document final de la conférence était extrêmement important. Je trouve qu'aujourd'hui, la plupart des pays, voire tous les pays industrialisés du monde, ont pris conscience de la nécessité d'intervenir dans les autres parties du monde pour aider à la protection de l'environnement en mettant à disposition les moyens qui étaient les nôtres. C'est donc volontiers que nous retenons les suggestions de M. Spalti. En ce qui concerne M. Pini, nous avons déjà répondu que s'agissant de politique de sécurité, il est évident que l'intervention relativement prématurée des puissances ou des pays industrialisés dans les pays du tiers monde, dans les pays à conflits, pour essayer de stabiliser les mouvements migratoires, était indispensable. Nous savons, cependant, et cela a été dit hier à la Conférence sur les réfugiés d'Indochine, qui se tient à Genève, que nous aurons à souffrir de ces mouvements migratoires et de risques d'afflux de réfugiés aux frontières des pays occidentaux pendant plusieurs décennies. Il est donc important que nous en prenions tout à fait conscience et que les efforts que nous pouvons faire pour stabiliser, dans les pays du tiers monde et dans les pays à conflits, les populations qui sont complètement perturbées, soient accrus. C'est dans cette voie que nous désirons, là aussi avec votre accord, si possible, nous engager. Präsident: Der Bundesrat ist bereit, die Motion

der Geschäftsprüfungskommission in der Form eines Postulates entgegenzunehmen. M. Houmard: Le Conseil fédéral s'est engagé formellement à régler le cas jusqu'à cet automne. Nous l'en remercions. Je dois préciser que c'est la première fois que nous avons un engagement aussi formel et que, dans ces conditions, nous acceptons la transformation de cette motion en postulat. M. Gysin, qui est un intervenant personnel, en accepte également la transformation. Au nom de la Commission de gestion, nous tenons à préciser que nous reviendrons cet automne sur le sujet si le cas n'est pas réglé jusque là. J'aimerais également rappeler que tous les ressortissants du Congo ne sont pas rentrés au pays les poches pleines. Je suis en possession d'une liste dont je vous citerai quelques cas. Ce sont des personnes qui, par exemple à l'âge de 75 ans, ont des retraites de l'ordre de 280 francs par mois. Une veuve reçoit une retraite de 30 francs par mois, une autre, à l'âge de 70 ans, atteinte dans sa santé, a une rente de 230 francs par mois, un revenu fiscal net de 16 000 francs. C'est la raison pour laquelle il est absolument nécessaire de liquider ces cas le plus rapidement possible. Je remercie M. Felber, conseiller fédéral, de nous donner l'engagement formel d'étudier ce problème d'ici à cet automne.

Genehmigt-Approuvé Motion der GPK-Motion de la CDG Präsident: Wird die Ueberweisung der Motion als Postulat aus der Mitte des Rates bestritten? Das ist nicht der Fall. Ueberwiesen als Postulat- Transmis comme postulat Abschreibung - Classement Präsident: Die Anträge des Bundesrates betreffend Abschreibung bzw. Aufrechterhaltung von Vorstössen werden stillschweigend genehmigt. Zustimmung - Adhésion Militärdepartement- Département militaire Ad 89.021 Postulat der Geschäftsprüfungskommission Studium, Fortbildung und Militärdienst. Koordination Postulat de la Commission de gestion Etudes, formation continue et service militaire. Coordination Wortlaut des Postulates vom 24. Mai 1989 1. Der Bundesrat wird ersucht, darüber Bericht zu erstatten, wie die Koordination zwischen Studium, Berufsschule und Weiterbildungsschulen einerseits und Militärdienst andererseits rasch verbessert werden kann. 2. Der Bundesrat wird insbesondere ersucht zu prüfen, wie die verfassungsrechtliche Wehrpflicht als Schranke der Privatautonomie im Vertragsrecht zur Geltung gebracht werden kann. Nötigenfalls sind dem Parlament dazu Anträge zu stellen. Texte du postulat du 24 mai 1989 1. Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport concernant une amélioration rapide de la coordination entre les hautes écoles, les écoles professionnelles et les écoles de formation continue d'une part, et d'autre part, le service militaire. 2. Le Conseil fédéral est invité à examiner en particulier comment l'obligation constitutionnelle de servir peut être mise en valeur dans le droit du contrat en tant que limite de l'autonomie privée. Il devra, le cas échéant, faire des propositions au Parlement. Sprecher-Porte-parole: Günter Günter, Berichterstatter der Sektion EMD: Der Geschäftsbericht des EMD beginnt mit zwei erfreulichen Neuerungen: der Schaffung einer Leitstelle für friedenserhaltende Aktionen und der sanitätsdienstlichen Unterstützung für die Ganupt in Namibia. Von dieser zweiten Aktion werden wir vermutlich im nächsten Geschäftsbericht noch hören. Sie haben den Zeitungen entnommen, dass nicht alles ganz so rund gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen. Aber ich glaube, das ist vor allem der Unerfahrenheit zuzuschreiben. Das Motto muss heissen: «Aus Fehlern lernen» oder «Uebung macht den Meister». Man kann den Bundesrat nur ermuntern, mit derartigen Aktionen weiterzufahren. Die Zusammenarbeit zwischen EDA und EMD, bei der das EMD die Personalreserven und das EDA das entwicklungspolitische Wissen einbringt, ist etwas Gutes, da schauen fruchtbare Aktionen heraus, und es kommt auch Wissen in die Schweiz zurück. Nur haben wir - wie gesagt - leider noch etwas wenig Uebung im Unterstützen von friedenserhaltenden Aktionen, aber man sieht gerade an den Fehlern, wie wichtig solche Aktionen sind. Ein

zweites Lob: Das Pilotentraining in Sardinien war schon mehrfach Thema in diesem Saal. Einerseits war es offensichtlich, dass unsere Piloten das Ueberschalltraining in tiefen Luftschichten dringend nötig haben, mindestens so lange, wie wir eine kampffähige Luftwaffe betreiben wollen. Andererseits gehört die Anlage in Decimomannu der Nato, auch wenn sie von einer privaten Gesellschaft betrieben wird, die aus Nato-Staaten gebildet ist. Ein ausschliessliches Benützen dieser Anlage ist aus Neutralitätsgründen nicht unproblematisch. Die GPK hat deshalb das EMD bereits seit Jahren aufgefordert, nach Alternativen zu suchen. Das hat zuerst nicht sehr positiv ausgesehen. Nun ist es aber offenbar geglückt, eine Alternative zu finden. In diesem Herbst finden erstmals Tiefflugtrainings in Nordschweden statt, in einem hügeligen, menschenleeren Gelände, das sich für gewisse Trainings sogar besser eignet als das offene Meer. Hier hat sich die Kritik offenbar gelohnt. Nun zu einem kritischen Punkt: Ich habe letztes Jahr hier festgestellt, dass man enorme Werbeanstrengungen für den Militärischen Frauendienst (MFD) unternimmt. Wir haben berechnet, dass es über 6500 Franken pro Frau gebraucht hat, die geworben werden konnte. Damals war die Antwort des EMD,

Gestion du Conseil fédéral 892 N 14 juin 1989 man müsse eben warten, bis die mehrjährige Kampagne greife. Diese Kampagne hat letztes Jahr nun offensichtlich gegriffen: Die Anmeldungen sind weiter zurückgegangen, nämlich von vorher 178 auf 156! Es haben sich 22 Frauen weniger gemeldet, das ist ungefähr ein Achtel. Gleichzeitig ist allerdings festzustellen, dass von diesen 156 Frauen nur zwei nicht genommen wurden, im Gegensatz zu 1987, als von 178 nur 147 aufgenommen werden konnten. Ich weiss nicht, worauf dieser dramatische Tauglichkeitsanstieg letztes Jahr zurückzuführen ist. Möglicherweise eben doch darauf, dass man angesichts der kaum eingehenden Anmeldungen einfach genommen hat, was da kam. Der Militärische Frauendienst ist daher sicher ein Thema, mit dem wir uns weiter beschäftigen müssen. So kann es auf keinen Fall weitergehen. Ich frage mich, ob dieser ständige Rückgang - trotz enormer Werbeanstrengungen - auch auf Prozesse gegen Frauen wegen Dienstverweigerung zurückzuführen ist. Frauen können zwar leicht einsteigen, aber nicht mehr aussteigen. Das motiviert natürlich junge Frauen wenig, das Risiko eines Eintritts in die Armee auf sich zu nehmen. Jedenfalls müssen wir den MFD neu überdenken. Zum nächsten Punkt, der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Die Sektion macht zurzeit eine Inspektion. Die Professoren Wildhaber und Kälin haben im März 1989 ein Gutachten abgefertigt, das interessante neue Aspekte betrifft, vor allem die Definition der Kriterien «Spannungsgebiet», «Einhaltung der Menschenrechte», die Frage der Verfassungsmässigkeit des Verbotes von Handel mit Kriegsmaterial, wenn dieses die Schweiz selbst nicht berührt, oder auch das Problem, dass bei den anonymen Serienprodukten kaum Kontrollen durchgeführt werden. Wir müssen diese Gutachten noch mit dem Bundesrat besprechen, und zwar möchten wir das mit Herrn Bundesrat Villiger und Herrn Bundesrat Felber zusammen tun, weil auch hier wieder EMD und EDA betroffen sind. Diese Aussprache kann erst im August durchgeführt werden, so dass wir Sie bitten müssen, auf das Resultat der Inspektion bis im November dieses Jahres zu warten. Dann sollte der Bericht allerdings vorliegen. Der Bundesrat unterbreitet uns jährlich einen Bericht über den Export von Kriegsmaterial. Ich bin persönlich froh - die Kommission ebenfalls -, dass die Türkei nun unsere Liste nicht mehr anführt. Wir haben ja beim EDA bereits von der Türkei und den Problemen im Asyl- und Menschenrechtsbereich gesprochen. Die Türkei ist jetzt aus der Liste der am stärksten belieferten Länder verschwunden. Die Hitparade führt im Moment Nigeria an, mit über 105,8 Millionen Franken Export letztes Jahr. Das ist sicher auch nicht unproblematisch. Wenn man es

unter dem Aspekt der Entwicklungshilfe betrachtet, fragt man sich, ob die Schweiz hier einen guten Beitrag leistet. Der Bericht zum Kriegsmaterialexport, den der Bundesrat der gemeinsamen EMD-Sektion der GPK von National- und Ständerat vorlegt, umfasst zehn Seiten. Dieser Bericht ist vertraulich. Sie haben in Ihrem Exemplar des Geschäftsberichtes nur einen kurzen Auszug davon, und es wird immer wieder die Frage gestellt, ob man diesen Bericht nicht publizieren könnte. Es gibt einige Mitglieder der Kommission, die das sehr begrüßen würden, nicht, weil so wahnsinnig viel neue Information drin ist, aber damit die Öffentlichkeit einmal sieht, dass man, auch wenn man diesen Bericht gelesen hat, nämlich tatsächlich nicht viel mehr weiss, als Sie wissen, wenn Sie den im Geschäftsbericht veröffentlichten Teil durchlesen. Die Veröffentlichung dieses Berichts wird auch ein Thema der Besprechung im nächsten August sein, denn wenn zu wenig Transparenz vorhanden ist, fördert man das Gefühl, dass geheime Dinge verhandelt werden, die effektiv gar nicht in diesem Bericht stehen. Die meisten Dinge könnte man ohne weiteres publizieren. Das Thema Kriegsmaterial ist ja jetzt auch wieder aktualisiert worden mit China; die Landesregierung hat dort die Stalltüre rasch entschlossen und mit grossem Effort zugeschlagen, nachdem das Ross entsprungen war. Sie wissen, dass der Bundesrat vor wenigen Tagen ein Verbot von Kriegsmaterial- exporten nach China erlassen hat. Es zeigt sich hier einmal mehr, dass Probleme entstehen, wenn die Kriterien der Menschenrechte und der Spannungsgebiete weit interpretiert werden. Ich komme zum Schluss. Unsere Sektion und mit ihr die GPK unterbreiten Ihnen ein Postulat, das die Koordination von Studium beziehungsweise Fortbildung und Militärdienst betrifft. Es enthält zwei Punkte. Der erste: Der Bundesrat soll rasch die Koordination verbessern. Der zweite Punkt: Er soll der heutigen Situation entgegentreten, in der immer mehr Institutionen den jungen Leuten Vorschriften bezüglich Militärdienst machen. Die ständerätliche Sektion hat sich vom EMD dokumentieren lassen. Es ist erstaunlich: Von einer Grossbank über die Ingenieurschule im Kanton Waadt bis hin zu Gemeinden und schweizerischen Organisationen, alle machen ihren Leuten für die Dauer von zum Teil dreijährigen Ausbildungen die Auflage, weder Militärdienst noch Ferien zu planen! Die Hochschulen verschulen immer mehr und zwingen ihre Studenten, Kurse vollständig zu besuchen, so dass diese keine Militärdienste leisten können. Die Situation wird für die jungen Männer immer heikler, und der Trend geht in diese Richtung weiter. Unsere jungen Leute sind heute schon viel zu alt, bis sie ihre Ausbildung abschliessen, und es geht nicht an, dass man sagt: «Ja, wer weitermacht, soll halt einige Semester ausfallen lassen, das macht ja nichts und schadet niemandem.» Wir sind nicht daran interessiert, dass in der Armee nur noch gescheiterte Universitätsstudenten weitermachen oder nur junge Männer, die es sich leisten können, denen es nicht darauf ankommt, wann sie mit ihrer Berufsausbildung fertig sind, oder gar solche, die mit pathologischem Ehrgeiz alle Hindernisse überwinden. Hier muss etwas geschehen. Mit diesem Postulat schlägt die GPK Ihnen vor, dass der Bundesrat aktiv werden muss. Im Interesse der jungen Leute, die Militärdienst zu leisten haben oder weitermachen wollen, bitten wir Sie um Ihre Zustimmung. Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu Schluss der Sitzung um 11.10 Uhr La séance est levée à 11 h 10

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Geschäftsbericht des Bundesrates, des Bundesgerichtes und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes 1988 Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances 1988 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin

officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1989  
Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été  
Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio  
nazionale Sitzung 08 Séance Seduta Geschäftsnummer 89.021 Numéro d'objet Numero  
dell'oggetto Datum 14.06.1989 - 08:00 Date Data Seite 866-892 Page Pagina Ref. No

**E. 20**

017 432 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.